

2641/J XXVIII. GP

Eingelangt am 17.06.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Peter Wurm
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Betrug durch gefälschte Mietangebote**

In den vergangenen Tagen wurde bekannt, dass ein unbekannter Täter in Innsbruck zwei Wohnungen zur Miete anbot, die tatsächlich nicht zur Verfügung standen. Durch diese Täuschung wurden 18 Personen zur Zahlung von Kautionen verleitet, was zu einem Schaden im mittleren fünfstelligen Eurobereich führte. Die Polizei warnt nun vor einer Zunahme solcher Betrugsfälle, bei denen gefälschte Mietverträge vorgelegt und Vorauszahlungen gefordert werden.¹

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Wie viele Beschwerden über betrügerische Mietinserate wurden Ihrem Ressort in den letzten fünf Jahren bekannt?
2. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihr Ressort zur besseren Information und Prävention von Konsumenten gegen Mietbetrug im Internet?
3. Bestehen Kooperationen mit dem VKI oder anderen Institutionen zur gezielten Aufklärung über gefälschte Wohnungsangebote?

¹ <https://tirol.orf.at/stories/3306134/>